

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Tabellenverzeichnis .....	XXI
Abbildungsverzeichnis .....	XXII

## Teil 1 Einführung

A. Untersuchungsgegenstand .....	1
B. Der Verbraucher als tauglicher Täter des § 283 StGB .....	4
I. Beschränkung auf den Schuldner als tauglichen Täter des § 283 StGB .....	4
1. Begründung der Sonderdeliktsnatur .....	5
2. Reichweite des Schuldnerbegriffs – Maßgeblichkeit der zivilrecht- lichen Verpflichtung .....	6
II. Die Einbeziehung von Verbrauchern in den Täterkreis des § 283 StGB .....	7
1. Auffassungen, die die täterschaftliche Erfassung von Verbrauchern ablehnen .....	8
a) Divergenz hinsichtlich der Intentionen von Insolvenzordnung und Strafgesetzbuch .....	8
b) Unvereinbarkeit eines überindividuellen Rechtsguts der Insol- venzdelikte mit der Verbraucherinsolvenz .....	9
c) Fehlende Übertragbarkeit der Krisenmerkmale auf den Verbrau- cher .....	10
aa) Bedenkenlose Übertragbarkeit des Krisenmerkmals der (drohenden) Zahlungsunfähigkeit .....	10
bb) Mangelnde Übertragbarkeit des Krisenmerkmals der Über- schuldung .....	10
(1) Divergierender persönlicher Anwendungsbereich der Überschuldung in Insolvenzrecht und Insolvenzstraf- recht .....	11
(2) Mangelnde Bestimmtheit .....	11
(3) Praktische Undurchführbarkeit der Überschuldungsprü- fung .....	11
(4) Divergierende Funktion der Überschuldung in Insol- venzordnung und Strafgesetzbuch .....	13

VII

d) Neuformulierung oder Aufgabe der objektiven Bedingung der Strafbarkeit in der Verbraucherinsolvenz .....	14
e) Weitere Kritikpunkte .....	14
2. Auffassungen, die eine Einbeziehung von Verbrauchern in den Täterkreis befürworten .....	15
a) Adversative Auseinandersetzung mit den Argumenten gegen die Einbeziehung .....	15
aa) Generelle Eignung der Verbraucherinsolvenz zur Gefährdung des überindividuellen Rechtsguts der Kreditwirtschaft .....	15
bb) Anwendungsmöglichkeiten des Überschuldungstatbestands in der Verbraucherinsolvenz .....	16
(1) Wortlaut und Wille des Gesetzgebers .....	16
(2) Alternative Bewertungsprämissen nach § 19 InsO a.F. und Fortführungsprognose .....	16
(3) Konkrete Gläubigergefährdung auch in der Verbraucherinsolvenz .....	17
cc) Personale Trennlinie im Tathandlungskatalog entlang der Kaufmannseigenschaft .....	18
dd) Konzentration auf die Gemeinsamkeiten zwischen Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzverfahren .....	18
ee) Vorteile der objektiven Bedingung der Strafbarkeit i.S.d. § 283 Abs. 6 StGB in der Verbraucherinsolvenz .....	19
b) Positive Argumente für die Einbeziehung von Verbraucherschuldnern in § 283 StGB .....	19
aa) Weit gefasster Wortlaut, historische Entwicklung und gesetzgeberischer Wille .....	19
bb) Beeinträchtigung des individuellen Rechtsguts .....	20
3. Stellungnahme .....	21
a) Aktualisierter gesetzgeberischer Wille mit Einführung der Insolvenzordnung .....	21
b) Auflösung des (vermeintlichen) Wertungswiderspruchs zwischen Insolvenzrecht und Insolvenzstrafrecht .....	22
c) Beeinträchtigung des überindividuellen Rechtsguts der Kreditwirtschaft in der Verbraucherinsolvenz .....	23
d) Anwendbarkeit des Überschuldungstatbestands und praktische Durchführbarkeit der Überschuldungsprüfung in der Verbraucherinsolvenz .....	23
aa) Wortlaut des Gesetzes und Wille des Gesetzgebers .....	23
bb) Praktische Durchführbarkeit der Überschuldungsprüfung bei Verbraucherschuldnern .....	24
cc) Aspekt der Gläubigergefährdung .....	24

e) Notwendigkeit einer objektiven Bedingung der Strafbarkeit i.S.d. § 283 Abs. 6 StGB, Alternativitätsverhältnis der Tatbestandsvarianten und ambivalente historische Entwicklung ....	25
4. Fazit .....	26
III. Begriff des Verbrauchers in § 283 StGB .....	27
1. Insolvenzrechtsakzessorisches Verständnis insolvenzstrafrechtlicher Begriffe .....	27
a) Insolvenzrechtsakzessorische Auslegung der bankrottstrafrechtlichen Krise .....	27
aa) Funktionale Insolvenzrechtsakzessorietät .....	28
(1) Zahlungsunfähigkeit .....	29
(2) Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	29
(3) Überschuldung .....	29
bb) Eigenständige strafrechtliche Auslegung .....	30
cc) Rechtsprechung .....	32
dd) Strikte Insolvenzrechtsakzessorietät .....	33
(1) Zahlungsunfähigkeit .....	34
(2) Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	34
(3) Überschuldung .....	34
ee) Zwischenergebnis .....	35
b) Insolvenzrechtsakzessorische Auslegung der objektiven Bedingung der Strafbarkeit .....	35
c) Insolvenzrechtsakzessorische Auslegung der Vermögensbestandteile .....	36
d) Zwischenergebnis zur insolvenzrechtsakzessorischen Auslegung .....	36
e) Schlussfolgerung für eine insolvenzrechtsakzessorische Auslegung des Verbraucherbegriffs in § 283 StGB .....	37
2. Der insolvenzrechtliche Verbraucherbegriff in § 304 InsO .....	38
a) Entwicklung der heutigen Tatbestandsfassung .....	38
b) Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes .....	39
c) Definition des Verbrauchers in § 304 Abs. 1 S. 1 InsO und Einzelfälle .....	39
3. Ergebnis .....	40

## Teil 2

### Das Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft

A. Grundsätze .....	41
I. Einführung: Das kontroverseste Merkmal des Bankrottatbestands? ..	41
II. Historische Entwicklung des Insolvenzstrafrechts .....	41
1. Das römische Recht .....	42
2. Das Recht der oberitalienischen Städte .....	43

3.	Das deutsche Recht .....	44
a)	Das germanische Recht .....	44
b)	Die Entwicklung im 11. und 12. Jahrhundert .....	44
c)	Das Stadtrecht im 12. bis 15. Jahrhundert .....	44
d)	Die Rezeption des römischen Rechts und des Rechts der oberitalienischen Städte um 1500 .....	45
e)	Die Constitutio criminalis Carolina 1532 und die Reichspolizeiordnung 1548 .....	45
f)	Das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 .....	46
g)	Der Code de commerce von 1804 .....	47
h)	Die deutschen Gesetzbücher des 19. Jahrhunderts .....	48
i)	Das Preußische Strafgesetzbuch von 1851 .....	48
j)	Das Reichsstrafgesetzbuch von 1871 .....	48
k)	Die Konkursordnung von 1877 .....	49
l)	Übernahme in das Strafgesetzbuch 1976 .....	50
m)	Notwendige Anpassungen im Zuge der Insolvenzrechtsreform .....	51
4.	Ergebnis: Unklare inhaltliche Ausgestaltung trotz weit zurückreichender Tradition .....	52
<b>III.</b>	<b>Rechtsnatur des Merkmals .....</b>	<b>52</b>
1.	Das Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft als Tatbestandsmerkmal des Unrechtstatbestands .....	52
a)	Negativ gefasstes Tatbestandsmerkmal .....	55
b)	Normatives Tatbestandsmerkmal .....	56
2.	Unbestimmter Rechtsbegriff .....	59
3.	Fazit .....	60
<b>IV.</b>	<b>Systematische Einordnung des Merkmals .....</b>	<b>60</b>
1.	§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB .....	61
2.	§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB .....	62
3.	§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB .....	63
4.	Stellungnahme .....	64
<b>V.</b>	<b>Funktion des Merkmals im tatbestandlichen Zusammenhang .....</b>	<b>65</b>
1.	Tatbestandsübergreifende Aussagen zur Funktion des Merkmals .....	65
2.	Spezifische Aussagen zur Funktion innerhalb der einzelnen Tatbestandsvarianten .....	66
a)	§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB .....	66
b)	§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB .....	66
c)	§ 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB .....	67
d)	§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB .....	67
3.	Stellungnahme .....	67
<b>VI.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>68</b>

B. Das Merkmal im Rahmen der Verbraucherinsolvenz in Gesetzgebung und Literatur .....	68
I. Terminologische Vorbemerkung zum Verbraucherbegriff .....	68
II. Schwächen einer eigenständigen tatbestandlichen Erfassung von Verbrauchern .....	69
1. Erfordernis eines eigenständigen Tatbestands für Verbraucherschuldner .....	69
a) Erfahrungen aus der Praxis .....	70
b) Tatbestandsmerkmal der ordnungsgemäßen Wirtschaft überflüssig und ungeeignet .....	70
c) Strafwürdigkeit und Strafbedürftigkeit .....	71
aa) Strafwürdigkeit .....	71
bb) Strafbedürftigkeit .....	72
2. Verschiedene Vorschläge für einen Tatbestand des Verbraucherbankrots de lege ferenda .....	72
a) Vorschlag von Richter .....	73
b) Vorschlag von Moosmayer .....	73
c) Vorschlag von Penzlin .....	74
d) Vorschlag von Röhm .....	74
e) Vorschlag von Dohmen .....	76
3. Kritik an den Vorschlägen de lege ferenda .....	77
a) Kritik an der Regelung im Zusammenhang mit § 288 StGB .....	77
aa) Unterschiedliche Schutzrichtungen .....	77
bb) Systematisches Argument .....	77
cc) Historisches Argument .....	78
dd) Verzicht auf das Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft .....	78
ee) Zusätzliches subjektives Erfordernis der Vereitelungsabsicht .....	78
b) Kritische Auseinandersetzung mit der Einführung eines § 283e StGB de lege ferenda .....	79
aa) Maßgeblicher Zeitpunkt zur Bestimmung der Täterqualität .....	79
bb) Beschränkung des Tathandlungskatalogs .....	79
cc) Neue objektive Bedingung der Strafbarkeit .....	79
dd) Keine Absenkung des Strafrahmens .....	80
ee) Unterschiedliche Begründungsansätze für das Strafantragserefordernis .....	81
c) Stellungnahme .....	81
aa) Grundsätzliche Kritik an der Einführung eines eigenständigen Tatbestands .....	81
(1) Praktische Neubewertung .....	81

(2) Anwendbarkeit des Merkmals der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft in der Verbraucherinsolvenz .....	82
bb) Kritik an den Vorschlägen zur Einführung eines § 283c StGB .....	83
4. Fazit .....	90
<b>III. Nachteilige Konsequenzen und Strafbarkeitslücken durch die restriktive Auffassung .....</b>	<b>91</b>
1. Begründung der Unanwendbarkeit auf Verbraucherschuldner .....	91
2. Konsequenzen der Unanwendbarkeit des Merkmals und alternative Beschränkungsmöglichkeiten .....	92
a) §§ 35 ff. InsO und die besondere Gläubigerschädigungs- bzw. Gläubigergefährdungsabsicht .....	92
b) Ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal in der Verbraucherinsolvenz .....	93
c) Divergierende Auslegung .....	94
d) Nur eingeschränkte Anwendung der § 283 Abs. 1 Nr. 1 und 4 StGB .....	94
3. Fazit .....	95
<b>IV. Kritik an der Lehre vom erlaubten Risiko und dogmatische Unvereinbarkeit .....</b>	<b>95</b>
1. Inhaltliche Bestimmung des Merkmals .....	96
a) Ansatz von Kindhäuser und Krause .....	96
b) Ergänzende Überlegungen von Bittmann .....	97
2. Begründung des universellen Geltungsanspruchs .....	98
3. Inhaltliche Kritik am erlaubten Risiko zur Bestimmung des ordnungsgemäßen Wirtschaftens bei Verbrauchern .....	98
a) Zuschnitt auf unternehmerische Risiken .....	98
b) Keine vergleichbare Risikoimmanenz .....	99
c) Kein allgemeiner Maßstab .....	99
d) Kein sozialer Nutzen .....	100
e) Keine Übertragbarkeit von Risikoabwägung und Informationspflichten auf Verbraucher .....	101
f) Fazit und Stellungnahme .....	101
4. Zweifel an der grundsätzlichen Vereinbarkeit des erlaubten Risikos mit der Deliktsnatur des § 283 Abs. 1 StGB .....	102
a) Begriff des erlaubten Risikos und Zusammenhang mit der sozialen Adäquanz .....	102
b) Systematische Einordnung der Lehre vom erlaubten Risiko .....	105
aa) Grundsätzliche Ablehnung der Lehre vom erlaubten Risiko .....	105
bb) Früher im Wesentlichen vertretene Ansätze .....	106

(1) Schuldebene .....	107
(2) Rechtfertigungsgrund .....	107
(3) Gemeinsames Strukturprinzip für Rechtfertigungsgründe .....	108
cc) Aktuell vertretene Ansätze: Tatbestandsebene .....	109
(1) Verneinung des Handlungsunwerts und kein tatbestandsmäßiges Verhalten .....	109
(2) Tatbestandskorrektur .....	110
(3) Auslegungsleitlinie bei der Tatbestandsprüfung .....	110
(4) Objektive Zurechnung .....	111
dd) Fazit .....	112
c) Konsequenzen der systematischen Einordnung des erlaubten Risikos für § 283 Abs. 1 StGB .....	113
aa) Inhalt und Anwendungsbereich der Lehre von der objektiven Zurechnung .....	113
bb) Der tatbeständliche Erfolg .....	114
cc) Rechtsnatur des § 283 Abs. 1 StGB .....	117
(1) § 283 Abs. 1 StGB als abstraktes Gefährdungsdelikt ..	117
(2) § 283 Abs. 1 StGB als konkretes Gefährdungsdelikt ..	118
(3) § 283 Abs. 1 StGB als Erfolgs- und Gefährdungsdelikt ..	119
(4) § 283 Abs. 1 StGB als bedingtes Gefährdungsdelikt ..	120
(5) § 283 Abs. 1 StGB als abstrakt-konkretes Gefährdungsdelikt ..	120
(6) Zusammenfassung und Stellungnahme .....	122
dd) Zwischenfazit .....	124
ee) (Vermeintlicher) Widerspruch zum Auslegungsverständnis von Kindhäuser und Krause .....	124
5. Zusammenfassung und Fazit .....	128
V. Vertretbarkeitsmaßstab und Sachgrunderfordernis als eigenständige Kriterien .....	129
1. Formale Kriterien: Zeitliche Grenzen der ordnungsgemäßen Wirtschaftsführung .....	129
2. Materielle Kriterien .....	130
a) (Originär) strafrechtliche Kriterien .....	130
aa) Ungeeignetheit eines parallelen Auslegungsverständnisses von Untreue und Bankrott .....	130
bb) Merkmal der „rationalen Haushaltungsführung“ zu ungenau und schwer bestimmbar .....	131
cc) Anwendung der dreistufigen Prüfungsreihenfolge auf Verbraucher .....	131

dd) Abstellen auf die Gläubigerschädigungs- bzw. Gläubigergefährdungsabsicht .....	131
ee) Subjektiv orientierte Eingrenzung der Strafbarkeit anhand von Vertretbarkeitsmaßstab und insbesondere Sachgrunderfordernis .....	131
b) Außerstrafrechtliche (insbesondere) zivilrechtliche Kriterien .....	132
aa) Mangelnde Übertragbarkeit der Regelungen zur Pacht, zum Nießbrauch und zum Grundpfandrecht .....	132
bb) Kein allgemeiner Maßstab durch den (Kredit)vertrag .....	132
cc) Anhaltspunkte aus § 290 Abs. 1 Nr. 4 InsO (Versagungsgründe für die Restschuldbefreiung) .....	133
3. Zusammenfassung und Stellungnahme .....	133
a) Formale Kriterien: Zustand der Krise als zeitliche Grenzlinie ..	133
b) Materielle Kriterien: Vertretbarkeitsmaßstab, insbesondere Sachgrund und Ausgestaltung durch Fallgruppen .....	134
VI. Zusammenfassung .....	136

### Teil 3

#### Der praktische Umgang mit der Verbraucherinsolvenz in § 283 StGB

A. Erkenntnisinteresse der Analyse von Entscheidungen und Ermittlungsakten .....	138
B. Analyse von Entscheidungen betreffend Verbraucherinsolvenzverfahren .....	139
I. Vorgehen und angewendete Methode .....	139
II. Allgemeine Angaben zu den untersuchten Entscheidungen .....	140
III. Spezifische Analyse zu § 283 StGB in der Verbraucherinsolvenz .....	141
1. Anwendbarkeit des § 283 StGB im Verbraucherinsolvenzverfahren .....	142
a) Rezeption der Entscheidungen .....	143
b) Stellungnahme und Auswirkungen auf die verschiedenen Auffassungen zum Umgang mit dem Merkmal der Anforderungen an eine ordnungsgemäße Wirtschaft .....	143
2. Begründung der wirtschaftlichen Krisensituation im Verbraucherinsolvenzverfahren .....	144
a) Konzentration auf die Krisenmerkmale der (drohenden) Zahlungsunfähigkeit .....	144
b) Weitere Einblicke in die gerichtliche Auslegung der strafrechtlichen Krisenmerkmale und Stellungnahme .....	144
aa) Insolvenzrechtsakzessorisches Verständnis der Krisenmerkmale .....	145

bb) Anwendbarkeit des Überschuldungstatbestands in der Verbraucherinsolvenz .....	145
3. Analyse der typischen Tathandlungen und Verhaltensweisen von Verbraucherschuldern sowie Fallgruppenbildung .....	146
a) Tathandlungsgruppe 1: Beiseiteschaffen .....	146
aa) Schenkung .....	146
bb) Vermögenstransfer auf Auslandskonten .....	146
b) Tathandlungsgruppe 2: Verheimlichen .....	148
aa) Verheimlichen von Erbfall und Miterbenstellung .....	148
bb) Verheimlichen eines Depots bei einer Schweizer Bank .....	149
c) Tathandlungsgruppe 3: Beiseiteschaffen und bzw. oder Verheimlichen .....	149
aa) Überweisung von Provisionen auf Konten einer weiteren Person .....	149
bb) Zufluss verdeckter Honorarzahlungen .....	150
d) Nicht strafbare Handlungsweisen .....	151
e) Zusammenfassung und Stellungnahme .....	152
4. Erfordernis einer Gläubigerbenachteiligungsabsicht in der Verbraucherinsolvenz .....	153
a) Historische Hintergründe dieses Auslegungsergebnisses .....	153
b) Stellungnahme .....	155
5. Anwendbarkeit der objektiven Bedingung der Strafbarkeit in der Verbraucherinsolvenz .....	156
a) Problemlose Anwendbarkeit der Var. 1: Zahlungseinstellung .....	156
b) Relevanz der weiteren Varianten in der Verbraucherinsolvenz .....	h56
c) Fazit .....	157
6. Erfordernis und Beschaffenheit des Zusammenhangs zwischen Tathandlung und objektiver Bedingung der Strafbarkeit in der Verbraucherinsolvenz .....	157
a) Erfordernis eines äußeren Zusammenhangs .....	157
b) Stellungnahme .....	157
7. Gerichtliche Bestimmung des Verjährungsbeginns .....	158
a) Eintritt der objektiven Bedingung der Strafbarkeit als maßgeblicher Zeitpunkt .....	158
b) Entscheidung über die Restschuldbefreiung als maßgeblicher Zeitpunkt .....	158
c) Rezeption der Entscheidung in der Literatur .....	159
d) Stellungnahme .....	160
8. Bestimmung der Rechtsnatur des § 283 StGB in der Verbraucherinsolvenz .....	161
IV. Fazit .....	161

C. Analyse von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten betreffend Verbraucher .....	163
I. Faktische Beschränkung auf gewerblich tätige Schuldner .....	164
II. Mögliche Gründe für die faktische Beschränkung des Anwendungsbereichs .....	165
D. Bewertung der Sachlage und Überprüfung der Befunde anhand statistischer Werte .....	166
I. Terminologische Vorbemerkung zu den statistischen Berichten .....	166
II. Statistischer Vergleich der gewerblichen Insolvenzen und nicht gewerblichen Insolvenzen .....	167
III. Schlussfolgerungen für die Strafbewehrung .....	170
IV. Statistische Besonderheiten infolge der COVID-19-Pandemie .....	171
E. Fazit .....	172

#### **Teil 4** **Kriminologisch orientierte Ursachenforschung**

A. Gegenstand und Erkenntnisinteresse der Kriminologie .....	173
I. Begriffsverständnis, Verortung und Klassifizierung im anglo-amerikanischen Raum .....	173
II. Begriffsverständnis, Verortung und Klassifizierung in Deutschland ..	174
1. Ansatz von Bock .....	174
2. Ansatz von Neubacher et al. ....	174
3. Ansatz von v. Danwitz .....	175
III. Ermittlung eines Minimalkonsenses .....	175
B. Kriminologische Einordnung der Insolvenzdelikte .....	176
I. Erkenntnisinteresse von Wirtschaftskriminalität und Wirtschaftskriminologie .....	176
1. Täterbezogene Klassifizierung .....	177
2. Tatbezogene Klassifizierung .....	178
3. Schadens- bzw. opferbezogene Klassifizierung .....	178
4. Begriffsverständnis der Bundesbehörden .....	179
5. Kriminalität bei sonstiger sozialer Unauffälligkeit, Kriminalität in Ausübung des Berufs .....	180
6. Kritische Würdigung und Stellungnahme .....	180
II. Wirtschaftskriminologische Einordnung der Insolvenzdelikte .....	182
C. Ausführliche Darstellung der kriminologisch orientierten Untersuchung .....	184
I. Forschungsbericht .....	185

1. Schritt 1: Ermittlung und Festlegung des Forschungsziels: Nachweis von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Verbraucherschuldner und gewerblich tätigen Schuldern bei der Begehung von Insolvenzstraftaten . . . . .	185
a) Theoretische Einkleidung des Forschungsziels . . . . .	185
aa) General Theories of Crime . . . . .	186
bb) Spezifische Erklärungsansätze für wirtschaftskriminelles Verhalten . . . . .	187
cc) Einigkeit in Bezug auf den Idealtypus eines Wirtschaftsstraftaters . . . . .	189
b) Fortentwicklung des Forschungsgegenstands . . . . .	190
2. Schritt 2: Hypothesenbildung zum Nachweis von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den beiden Schuldnergruppen . . . . .	190
3. Schritt 3: Operationalisierung von Idealtypus und Verbraucherbegriff . . . . .	191
4. Schritt 4: Auswahl einer geeigneten Forschungsmethode zur Ermittlung der Vergleichsgruppen und Umfang der erforderlichen Erhebung . . . . .	192
a) Auswahl der geeigneten Forschungsmethode . . . . .	192
aa) Ermittlung des Idealtypus . . . . .	192
bb) Ermittlung der Vergleichsgruppe . . . . .	193
b) Umfang der erforderlichen Datenerhebung . . . . .	193
aa) Untersuchungsumfang zur Ermittlung des Idealtypus . . . . .	194
bb) Untersuchungsumfang zur Ermittlung der Vergleichsgruppe . . . . .	194
5. Schritt 5: Bildung des Idealtypus und Vergleich mit Verbraucherschuldner in Anwendung der Forschungsmethode . . . . .	197
a) Männer mittleren Alters . . . . .	198
b) Soziale Unauffälligkeit, gesellschaftlicher Rang, Erfolg im Leistungsbereich und geringe Vorstrafenbelastung . . . . .	200
c) Werteeinstellung und Charakter . . . . .	200
d) Ergänzung und Bestigung des Typus anhand eigener statistischer Befunde . . . . .	201
aa) Statistiken mit Bezug zum Ermittlungsverfahren: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Staatsanwaltschaftsstatistik, Bundeslagebild Wirtschaftskriminalität und Periodischer Sicherheitsbericht (PSB) . . . . .	201
bb) Statistik im Hauptverfahren: Strafverfolgungsstatistik . . . . .	204
cc) Fazit . . . . .	205
e) Vergleich der Verbraucherschuldner mit dem Idealtypus . . . . .	205

aa) Auswertung der Entscheidungen im Wege der Dokumentenanalyse .....	205
bb) Sicherstellung der Repräsentativität der eigenen Stichprobe .....	210
6. Schritt 6: Überprüfung der auf Grundlage des Forschungsziels entwickelten Forschungshypothesen mit Hilfe der gefundenen Ergebnisse .....	211
a) Alter, Wendepunkte und Geschlecht .....	211
b) Soziale Unauffälligkeit .....	212
c) Erfolg im Leistungsbereich und Bezug zur beruflichen Tätigkeit .....	213
d) Gesellschaftlicher Rang und Vorstrafen .....	213
e) Charakter und Wertorientierung .....	214
f) Zusammenfassung und Fazit zu Hypothese 1 .....	214
g) Ergänzende Überlegungen zu Hypothese 2 .....	216
II. Schlussfolgerung .....	218

## Teil 5

### **Schlussfolgerungen für den Umgang mit Verbraucherschuldnern**

A. Zeitpunkt 1: Keine wirtschaftliche Notlage .....	220
B. Zeitpunkt 2: Eintritt der wirtschaftlichen Krise .....	221
I. Erstreckung des persönlichen Anwendungsbereichs auf Verbraucher .....	221
II. Notwendige Modifikationen im Hinblick auf Verbraucherschuldner .....	223
1. Feststellung der (drohenden) Zahlungsunfähigkeit bei Verbrauchern .....	223
2. Überschuldungsprüfung bei Verbrauchern .....	225
a) Fortführungsprognose .....	225
b) Bilanzielle Überschuldung .....	226
3. Exemplifizierung des Sachgrunderfordernisses durch typische Verhaltensweisen .....	227
4. Keine zusätzliche Gläubigergefährdungs- oder Gläubigerschädigungsabsicht .....	228
5. (Keine) Besonderheiten im Hinblick auf die objektive Bedingung der Strafbarkeit .....	229
a) Zahlungseinstellung .....	230
b) Eröffnung bzw. Abweisung des Insolvenzverfahrens .....	231
c) Zusammenhang zwischen Bankrotthandlungen in der Krise und objektiver Bedingung der Strafbarkeit .....	232
6. Strafzumessung und Strafverfolgung .....	233
C. Zeitpunkt 3: Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiungsverfahren .....	234

I. Alte Rechtslage .....	235
1. Wirtschaftliche Krise .....	236
2. Taugliches Tatobjekt .....	236
3. Beiseiteschaffen und Verheimlichen als Tathandlungen .....	236
4. Objektive Bedingung der Strafbarkeit .....	237
II. Aktuelle Rechtslage .....	237
1. Zeitpunkt 1: Insolvenzverfahren und andauerndes Restschuldbefreiungsverfahren .....	238
a) Wirtschaftliche Krise .....	238
b) Beiseiteschaffen und Verheimlichen von Vermögensbeständteilen .....	239
2. Zeitpunkt 2: Insolvenzverfahren beendet und andauernde Wohlverhaltensphase .....	240
a) Wirtschaftliche Krise .....	240
b) Taugliches Tatobjekt und Tathandlungen .....	241
3. Zeitpunkt 3: Restschuldbefreiung erteilt und andauerndes Insolvenzverfahren .....	242
a) Wirtschaftliche Krise .....	242
b) Taugliches Tatobjekt .....	243
4. Alternative: Insolvenzplanverfahren .....	244
5. Objektive Bedingung der Strafbarkeit .....	245
III. Fazit .....	246
D. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung .....	246
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	251
<i>Stichwortverzeichnis</i> .....	271